

XXVI. GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Wolfgang Zinggl, Stephanie Cox**

Freundinnen und Freunde betreffend

Das digitale Bauprojekt

BEGRÜNDUNG

Die öffentliche Hand steht bei Bauprojekten immer wieder in der Kritik. Mangelnde Transparenz, massive Kostenexplosionen und Defizite beim Projektmanagement wären aber mit der Unterstützung zeitgemäßer Technologien vermeidbar.

Die Nutzung dieser Technologien ist nicht nur die Zukunft von Bauvorhaben, sie kann schon jetzt helfen, Kosten zu senken, Fehler zu vermeiden und die öffentliche Akzeptanz von Bauprojekten zu steigern – und zwar in allen Phasen von Bauprojekten, von Projektbeginn bis -abschluss (z.B. Evaluierung, Planung, Umsetzung, „Handover“).

Mehrere Organisationen, wie zum Beispiel das Bundesrechenzentrum, arbeiten aktuell an digitalen Lösungen, die auf der Blockchain-Technologie aufbauen und folgende Vorteile für zukünftige Bauprojekte bereithalten:

- Optimierte Projektplanung und -durchführung
- Transparenz und Nachvollziehbarkeit
- Steigerung der Effizienz
- Rechtzeitige Erkennung von Risiken
- Berücksichtigung der gesamten Abwicklung eines öffentlich-rechtlichen Bauprojektes von der Evaluation im Gemeinderat bis zur Umsetzung des Bauvorhabens

Um diese Möglichkeiten verantwortungsbewusst und effizient in die bestehenden Abläufe zu integrieren, schlagen wir vor, im Jahr 2019 drei Pilotprojekte in digitalisierter Form abzuwickeln. Diese drei Projekte können und sollen sich in Art und Projektgröße unterscheiden, um möglichst viele Erkenntnisse für die Zukunft von Bauprojekten zu sammeln und einen Wendepunkt in der Öffentlichen Bauwirtschaft einzuleiten.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, wird ersucht, im Jahr 2019 bei drei Pilotprojekten digitale (Blockchain-basierte) Instrumente zur Planung, Abwicklung und Dokumentation von Bauprojekten zu nutzen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bautenausschuss vorgeschlagen.



